

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

der Besuch unserer Fraktionssitzung durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP), Jerzey Buzek, hat uns noch einmal plastisch vor Augen geführt, welche Veränderungen und Verbesserungen der Vertrag von Lissabon für die Demokratisierung der EU und für die demokratische Legitimierung ihrer Entscheidung bedeutet. Die nationalen Parlamente müssen nun bei der Gestaltung der Europäischen Union stärker beteiligt werden. Auch das Europäische Parlament hat mehr Einfluss gewonnen. Die Ablehnung des Datentransfers von SWIFT in die USA durch das EP im Februar hat die neue parlamentarische Stärke bewiesen.

Mit dem gestrigen Beschluss für eine finanzielle Unterstützung des krisengeschüttelten Griechenlands bei gleichzeitiger Einforderung von Eigenverantwortung, die der amtierende Ministerpräsident Papandreu tatkräftig durch ein massives Sparprogramm erbringt, hat die EU sich solidarisch an die Seite ihres angeschlagenen Mitgliedstaates gestellt. Kanzlerin Merkel war mit ihren Stammtischparolen vom Rausschmiss Griechenlands auf EU-Ebene isoliert. Ihre Zustimmung zur gefundenen Regelungen zeigt, sie ist zur Vernunft gekommen und hat ihr Gesicht gewahrt.

Die Vernehmung des zurückgetretenen Arbeitsministers und früheren Verteidigungsministers Jung durch den Kundus-Untersuchungsausschuss hat deutlich gemacht: Der Ex-Minister hat trotz neuer Erkenntnisse nichts dazu gelernt. Er verteidigt weiterhin den Luftangriff auf die zwei gekaperten Tanklastzüge im Kundusfluss am 4. September 2009 und seine Informationspolitik von damals, obwohl ihn genau diese Fehler in seiner Kommunikation und der seines Ministeriums im November zum Rücktritt gezwungen haben. Interessant ist auch, dass eine E-Mail als „unverbindliche Erstinfo des BND“ die Runde im Kanzleramt gemacht haben soll. Dies wirft die berechtigte Frage auf: Was haben die Kanzlerin und der damalige Kanzleramtschef de Maizière auf Grund dieser „unverbindlichen Erstinfo“ veranlasst? Wir dürfen gespannt sein, auf die weiteren Vernehmungen des Untersuchungsausschusses. Am 22. April muss Verteidigungsminister Guttenberg dort Rede und Antwort stehen. Nun gilt es die Blockadeversuche aus den Reihen der Union mit den Untersuchungsrechten des Parlaments abzuwehren.

In dieser Woche hat der Bundestag mit dem FDP-Abgeordneten Königshaus einen neuen Wehrbeauftragten gewählt. Er folgt auf Reinhold Robbe, der seit 2005 einen wichtigen Beitrag zur parlamentarischen Kontrolle der Parlamentsarmee Bundeswehr geleistet hat und unter den Soldatinnen und Soldaten sehr angesehen war. Die SPD-Fraktion dankt Reinhold Robbe, der auch für uns Abgeordnete immer ein offenes Ohr hatte. Seine Amtszeit endet am 11. Mai 2010.

In dieser Sitzungswoche haben wir mit einem Antrageinen Rettungsschirm für Kommunen angeregt, um die Handlungsfähigkeit der finanziell geschwächten Städte und Gemeinden abzusichern. In unserem Antrag „Fairness in der Leiharbeit“ fordern wir gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen für Menschen in Zeitarbeit. Am heutigen Equal-Pay-Day haben unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier und zahlreiche Mitglieder – Frauen wie Männer - unserer Fraktion für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit für Frauen vor dem Brandenburger Tor Flagge gezeigt. Und wir haben gemeinsam mit den Stimmen von

---

#### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** ANJA LINNEKUGEL, NICOLA HELLER,  
VERA NICOLAY, STEFAN SCHUTZ  
**TELEFON** (030) 227-530 48 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 26.03.2010, 12.00 UHR

Bündnis90/ Die Grünen und Die Linke erreicht, dass es einen Untersuchungsausschuss zu dem Zustandekommen der Erkundung des Salzstollens in Gorleben geben wird. Leider konnten wir gegen die Koalition nicht durchsetzen, dass die Erkundung ausgesetzt wird, bis die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses vorliegen. Dass das Thema Energie bei Schwarz-Gelb nicht in guten Händen ist, zeigt sich immer wieder. Dazu gehören die Bestrebungen der Koalition die Laufzeiten der Atomkraftwerke auf 60 Jahre auszudehnen, obwohl die Anlagen nur für Laufzeiten von 25 Jahren vorgesehen waren. Union und FDP gehen trotz der international ungeklärten Endlagerfrage und mit technisch fragwürdigen Atomkraftwerken ein hohes Risiko ohne Rücksicht auf die Menschen ein. Gleichzeitig schwächen CDU/CSU und FDP durch die Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetz den Ausbau der Solaranlagen zur Stromherstellung. In der politischen Debatte fährt die Koalition einen Zickzack-Kurs, der davon ablenkt, dass Schwarz-Gelb umsetzt, was sie der Atomlobby schuldig sind.

Wir werden weiterhin viel Kraft brauchen, um deutlich zu machen, für wen die schwarz-gelbe Nichtregierungsorganisation Politik macht. Auch wenn Union und FDP bis zur Wahl in NRW die Katze nicht aus dem Sack lassen, merken die Menschen in diesem Land, dass sie hinters Licht geführt worden sind.

Frohe Ostern und etwas Zeit zum Kräftesammeln wünscht Euch

Eure Petra Ernstberger

## Inhaltsverzeichnis

03	<b>Topthema: Kommunen vor dem Kollaps bewahren</b>	09	Kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer
04	Kopfpauschale stiftet nichts als Verwirrung	09	Menschenrechtsverteidiger brauchen Schutz der Europäischen Union
05	„Fairness in der Leiharbeit“	10	Altschuldenentlastung für Wohnungsunternehmen in den neuen Ländern
06	Deutschland trägt Verantwortung für Sudan	11	Schwarz-Gelb verzockt deutschen Solarmarkt
06	Modernisierungspartnerschaft mit Russland	12	Untersuchungsausschuss zu „Gorleben“
0/	Für eine Welt frei von Atomwaffen	12	Mobilität nachhaltig gestalten
08	Für eine europäische Finanztransaktionssteuer	13	Zukunft für Haiti – Niebel greift SPD-Vorschlag auf

## TOPTHEMA

## Kommunen vor dem Kollaps bewahren

Die Haushaltslage der Städte und Kommunen in Deutschland ist katastrophal. Die krisenbedingt steigenden Sozialausgaben und die wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen gefährden die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Anstatt eine finanzielle Perspektive zu schaffen, treibt Schwarz-Gelb die Kommunen durch Steuerprivilegien und Klientelgeschenke für einzelne Gruppen in den Ruin.

Wir haben am 26. März deshalb einen Antrag „Rettungsschirm für Kommunen – Strategie für handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise“ (Drs. 17/1152) in den Bundestag eingebracht. Parallel dazu hat der Deutsche Bundestag am 26. März abschließend unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Drs. 17/520, 17/869) beraten. Wir fordern darin, dass die unsinnige Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent rückgängig gemacht wird. Die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung der Koalition. Die Warnungen vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand bestätigen sich und haben die Wirtschaftsverbände bereits zum öffentlichen Aufruf an die Bundesregierung nach Abmilderung der Lohnsteuerfolgen der Neuregelung veranlasst. Die Regierungskoalitionen haben wie erwartet nicht die Chance genutzt, um zu vernünftiger Politik zurückzukehren und gegen den Gesetzentwurf gestimmt.

### Leistungen für die Bürger erhalten

Bürgerinnen und Bürger benötigen starke Kommunen, die gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland gewährleisten. Städte, Gemeinden und Landkreise garantieren die öffentliche Daseinsvorsorge und erfüllen vielseitige Aufgaben zum Schutz der Gesellschaft. Sie können ihren umfassenden Aufgaben und Verpflichtungen jedoch nur dann gerecht werden, wenn ihre finanzielle Leistungsfähigkeit kurz- und langfristig gesichert ist.

Der Bund hat in der Zeit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage ergriffen, dies z. B. durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, durch das Tagesbetreuungs-ausbau-Programm, durch die Unternehmensteuerreform 2008 und durch das Anfang 2009 aufgelegte Konjunkturpaket II. Das hat sich positiv ausgewirkt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die positive Entwicklung jedoch gestoppt.

### Steuerpolitik von Schwarz-Gelb verschärft die Lage

Die extrem angespannte finanzielle Situation der Kommunen wird durch die jüngste Steuergesetzgebung der schwarz-gelben Bundesregierung dramatisch verschärft. Das Ende letzten Jahres beschlossene sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führt zu direkten Einnahmeausfällen von 1,6 Milliarden Euro. Die ebenfalls bereits beschlossenen Vorschläge zur Absenkung der Unternehmensbesteuerung bei Funktionsverlagerungen und Finanzierungsdiensleistungen haben kommunale Mindereinnahmen von mindestens 650 Millionen Euro zur Folge.

Die von der Bundesregierung angekündigte Einkommensteuerreform würde für die Kommunen nochmals Einnahmeverluste in Höhe von mehreren Milliarden Euro bedeuten. Auch ohne die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wären diese Einnahmeausfälle keinesfalls zu verkraften!

### Rettungsschirm für Kommunen

Im Rahmen der föderalen Strukturen sind die Länder verpflichtet, langfristig für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. In der akuten Notlage müssen Bund und

Länder darüber hinaus gemeinsam mit den Kommunen Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation ergreifen:

Erforderlich ist zunächst ein Kurzfristprogramm, das als Rettungsschirm über den Kommunen aufgespannt wird und deren elementare Handlungsfähigkeit erhält. Hierzu zählen:

- eine vollständige Kompensation der durch das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro sowie eine Rücknahme der im Bundestag beschlossenen Änderungen bei der Besteuerung der Funktionsverlagerung und der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung bei Leasing und Factoring.
- eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Dies soll auf zwei Jahre befristet werden und einen Umfang von 400 Millionen Euro pro Jahr betragen.
- der Verzicht auf weitere Steuergeschenke, die zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen.

Darüber hinaus kommt es darauf an, die strukturelle Unterfinanzierung vieler Städte, Gemeinden und Landkreise durch mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen zu beseitigen. Der Umfang kommunaler Aufgaben und Ausgaben einerseits und die zu deren Erfüllung zur Verfügung stehenden Einnahmen andererseits müssen in Einklang gebracht werden.

## AKTUELLE STUNDE

### Kopfpauschale stiftet nichts als Verwirrung

Anlass für die aktuelle Stunde, die auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion am 26. März 2010 im Bundestag stattfand, war der Streit innerhalb der CSU, die Auseinandersetzung mit der CDU und die unstimmige Haltung der FDP zur Einführung der unsozialen Kopfpauschale sowie das fehlende Konzept der Regierungskoalition.

#### Die Kopfpauschale belastet Versicherte und schont Arbeitgeber

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Elke Ferner stellte in ihrer Rede zunächst klar, dass sie die Hoffnung hatte, dass der bayerische Gesundheitsminister Söder seine Position zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von der Bundesratsbank aus im Bundestag vortragen würde. Aber er sei wohl zurückgepfiffen worden. Ferner ging noch einmal darauf ein, was auf die gesetzlich Versicherten zukomme, wenn Schwarz-Gelb mit der Kopfpauschale ernst macht: Durch das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags müssen die Versicherten künftig alle Mehrkosten allein tragen. Dazu gehören steigende Kosten auf Grund der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts. Obendrauf käme die Unfähigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung. Denn diese würde nichts gegen die steigenden Ausgaben unternehmen, die sich aus den „Einlösungen von Versprechungen von FDP und CDU/CSU an ihre Klientel und aufgrund der Mindereinnahmen durch die geplante Ausweitung des Niedriglohnssektors“ ergeben.

#### Automatischer Sozialausgleich bleibt im Unklaren

Der Präsident des Bundesversicherungsamtes (BVA) hatte geschätzt, „dass das Defizit 15 Milliarden Euro betragen wird,“ so Ferner. Nach dem Kopfpauschalenmodell von Gesundheitsminister Rösler „hätte dies zur Folge, dass jedes GKV-Mitglied 24 Euro im Monat zusätzlich auf den Tisch legen müsste,“ erläuterte Ferner. Dies entspreche 288 Euro pro Jahr. Und für die Rentnerinnen und Rentner bedeute die zusätzliche Belastung de facto eine Rentenkürzung. Ebenso ungerecht wirke sich die Kopfpauschale auf Studierende und die 40 Millionen GKV-

Versicherten mit einem Einkommen unter 2 500 Euro aus. Bei Söders Modell müsste der Beitrag um 1,5 Prozentpunkte erhöht werden und zwar einseitig zu Lasten der Versicherten. Bei einem Einkommen von 2 000 Euro wären das 360 Euro im Jahr. Zum sog. „automatischen Sozialausgleich“ fügte Ferner an: „Es ist völlig ungeklärt, wie er funktionieren soll und woher das Geld kommen soll.“ Denn die Steuern sollen ja nicht erhöht, sondern sogar gesenkt werden. „Ich sage Ihnen: Sie sind ein Sicherheitsrisiko für den Sozialstaat,“ erklärte Ferner.

### **Schwarz-Gelb als Koalition zum Schutz der Arbeitgeber**

Der Sprecher der AG-Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion Karl Lauterbach warf Union und FDP vor, dass mit ihnen kein Ende der Kostensteigerung in Sicht sei. Die Koalition stehe vielmehr für Inkompetenz und Zauderei. Zu allererst gehe es Schwarz-Gelb darum, Arbeitgeber zu entlasten. „Die Koalition ist eine Koalition zum Schutz der Arbeitgeber, die aber von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählt werden will,“ so Lauterbach. Schwarz-Gelb würde zur Finanzierung der GKV nur ein Sonderbeitrag oder die Kopfpauschale einfallen. Mindestlöhne, die mehr Geld für die Sozialkassen bedeuten würden, werden von Union und FDP blockiert und auch für andere Vorschläge sei die Regierung zu feige. Nicht nur der CSU-Abgeordnete Zöller hätte „die Schnauze voll“ von den Debatten in der Koalition.

### **Schwarz-Gelb will Solidarität im Gesundheitssystem auflösen**

Die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Bundestages Carola Reimann fasste zusammen: „Dieses ganze „Kasperletheater“ – so nennt es ja Herr Zöller – könnte ganz amüsant sein, ginge es dabei nicht um die Zukunft der Krankenversicherung von 80 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, und da hört der Spaß dann doch auf.“

Die Abgeordnete Hilde Mattheis unterstellte der Gesundheitspolitik der Koalition, sie wolle „die Solidarität im System auflösen“. Dabei diene das deutsche Gesundheitssystem international als Vorbild, erklärte Mattheis mit Blick auf die Gesundheitsreform in den USA.

## **ARBEIT**

### **Fairness in der Leiharbeit**

Mit unserem Antrag „Fairness in der Leiharbeit“ (Drs. 17/1155) fordern wir „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“. Der Schutz der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch mehr Mitbestimmung und durch die Festlegung von Mindeststandards muss durch klare Regelungen gewährleistet sein.

Vorrangiges Ziel unseres Antrags ist die Schaffung von festen Normalarbeitsverhältnissen. Leiharbeit sollte ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt darstellen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Der Grundsatz der gleichen Bezahlung und der gleichen Arbeitsbedingungen wie für Stammbeschäftigte muss daher ausnahmslos gelten.

Die im Zuge der Hartz-Reformen 2002 erfolgten Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) sollten den Einsatz von Leiharbeit erleichtern. Ziel der Reform war, Leiharbeit stärker als bisher als Instrument für die Eingliederung Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt zu nutzen. Betriebe nutzen Leiharbeit aber offensichtlich nicht mehr vorrangig, um kurzfristige Einzelbedarfe im Personaleinsatz abzudecken, sondern Leiharbeit vermehrt auch einsetzen, um neue Arbeitskräfte zu erproben oder um Stammbeschäftigten durch flexible Randbeschäftigten zu ergänzen oder teilweise zu ersetzen.

Uns liegt weiter daran, die Beschäftigungschancen der Leiharbeit zu nutzen, aber wir müssen gleichzeitig Missstände durch geeignete Maßnahmen zurückdrängen und den Schutz der Arbeitnehmer verbessern. Dies ist machbar, ohne der Leiharbeit die Beschäftigungswirkung zu nehmen. Leiharbeit soll als Instrument zur Abdeckung kurzfristiger Auftragsspitzen oder als Einstieg in reguläre Beschäftigung erhalten werden und nicht zu Tariffucht und Lohndumping genutzt werden.

**AUSSEN**

## Deutschland trägt Verantwortung für Sudan

Die Lage im Sudan ist trotz des Friedensabkommens (Comprehensive Peace Agreement – CPA), das vor fünf Jahren zwischen dem Norden und dem Süden Sudans geschlossen wurde, äußerst kritisch und instabil. Zudem finden dort am 11. April dieses Jahres nationale, südsudanesische und lokale Wahlen statt. Deshalb hat der Bundestag am 25. März 2010 den interfraktionellen Antrag „Freie und faire Wahlen im Sudan sicherstellen, den Friedensprozess über das Referendum 2011 hinaus begleiten sowie die humanitäre und menschenrechtliche Situation verbessern“ (Drs. 17/1158) beschlossen.

### Interfraktioneller Antrag zur Unterstützung des Friedensprozesses im Sudan

Gemeinsam mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/die Grünen fordern wir in einem Antrag die Bundesregierung auf, vor den Wahlen im April und im entscheidenden letzten Jahr des CPA, ihre politische und humanitäre Verantwortung für den Sudan ernst zu nehmen und einen Beitrag für einen dauerhaften Frieden zu leisten. Die Stabilisierung der politischen Situation im Sudan ist eine große internationale Herausforderung. Sollte sie nicht gelingen, könnte dies erneut in großem Umfang militärische Konflikte, Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und humanitäre Katastrophen in der gesamten Region zur Folge haben.

### Umsetzung des Friedensplans entspricht nicht dem Zeitplan

Im Sudan herrscht seit seinem Unabhängigkeitsjahr 1956, mit Ausnahme der Jahre 1972 bis 1983, fast ununterbrochen ein gewaltsamer Konflikt. Bei den Wahlen am 11. April kandidiert erneut der durch einen Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gesuchte Omar al-Bashir für das Präsidentenamt. 2005 wurde der gewaltsame Konflikt zwischen dem Nord- und Südsudan mit dem auf sechs Jahre vereinbarten CPA beendet. Die Umsetzung entspricht jedoch nicht dem vereinbarten Zeitplan. Somit fehlt eine entscheidende Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden. Im Januar 2011 ist ein Referendum über die Frage der Unabhängigkeit des Südsudans geplant. Drei Viertel der Sudanesischen Erdölvorkommen befinden sich im Süden, ein Viertel im Norden. Es ist dringend nötig, jetzt Regelungen für die Zeit nach dem Referendum zu vereinbaren, denn neue Kriegsvorbereitungen sind zu befürchten. 2006 wurde zusätzlich das Darfur Peace Agreement beschlossen. Trotzdem fanden weiter gewaltsame Auseinandersetzungen statt.

### Deutschland muss Engagement im Sudan fortsetzen

Deutschland ist personell und logistisch an den UN-Missionen UNAMID (Darfur) und UNMIS (Südsudan) beteiligt. Beide Missionen wurden von der internationalen Gemeinschaft nicht ihren Mandaten entsprechend ausgestattet, so dass sie ihre Aufgaben nur unvollständig erfüllen können. Deutschland leistet im Sudan außerdem entwicklungspolitische und humanitäre Hilfe. Gemeinsam mit den EU-Partnern muss Deutschland sein Engagement im Sudan fortsetzen. Der umfangreiche Forderungskatalog des Antrags benennt dazu konkrete Maßnahmen.

## Modernisierungspartnerschaft mit Russland

Der Ausbau der Partnerschaft zu Russland ist von besonderer Bedeutung. Unsere beiden Länder verbinden zahlreiche gemeinsame Erfahrungen und Traditionen. Eine konstruktive und kooperative Beziehung zu Russland ist Voraussetzung für Sicherheit und Stabilität in Europa. Zu den Zielen der von Deutschland und der EU angestrebten „strategischen Partnerschaft“ gehören die gemeinsame Lösung globaler Fragen und die Kooperation auf allen Feldern von Politik, Recht, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft ebenso wie die friedliche Bewältigung regionaler Krisen und Konflikte.

### **Zusammenarbeit mit Russland unabdingbar**

Der ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat bereits im Frühjahr 2008 auf die ambitionierte Rede Medwedjews am 15. Februar 2008 in Krasnojarsk mit dem Angebot einer umfassenden „Modernisierungspartnerschaft“ reagiert. Die Stärkung des Rechtsstaates, die Verwaltungsreform, die Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung und umfassender Bildungsinitiativen bilden die Schwerpunkte seines Konzeptes. Um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen, muss der russische Staat seine wirtschaftliche, soziale und politische Leistungsfähigkeit steigern. Im wirtschaftlichen Bereich steht besonders die Energieeffizienz im Fokus. Wenn wir die globalen Klimaschutzziele erreichen wollen, ist die Zusammenarbeit mit Russland unabdingbar.

### **Deutschland soll in EU auf gemeinsame Russlandpolitik hinarbeiten**

Mit unserem Antrag „Modernisierungspartnerschaft mit Russland - Gemeinsame Sicherheit in Europa durch stärkere Kooperation und Verflechtung“ (Drs. 17/1153) fordern wir die Bundesregierung unter anderem auf, in der EU auf eine gemeinsame Russlandpolitik hin zu arbeiten, welche den zentralen Testfall für die Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bildet, und sich dabei mit allen EU-Partnern eng abzustimmen, insbesondere mit den mittel- und osteuropäischen Mitgliedern. Ferner soll die Bundesregierung im Rahmen von EU, NATO und OSZE Initiativen für eine ernsthafte Debatte und eine gemeinsame Stellungnahme zum Vorschlag des russischen Präsidenten für einen „Europäischen Sicherheitsvertrag“ vom November 2009 zu ergreifen

## **Für eine Welt frei von Atomwaffen**

Der Deutsche Bundestag hat am 26. März 2010 den Jahresabrüstungsbericht 2009 beraten (Drs. 17/445), der federführend an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen wurde. Parallel dazu wurde der fraktionsübergreifende Antrag „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“ vom Bundestag beschlossen (Drs. 17/1159). Beteiligt haben sich die – basierend auf einem ersten Antrag der SPD-Bundestagsfraktion - Fraktionen aus SPD, CDU/CSU, FDP sowie Bündnis90/Die Grünen.

### **USA und Russland haben Verhandlungen aufgenommen**

Seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Barack Obama ist die Hoffnung auf Fortschritte insbesondere bei der nuklearen Abrüstung gestiegen. Die USA und Russland haben Verhandlungen zu einem neuen Start-Vertrag aufgenommen, der den im Dezember 2009 ausgelaufenen Start-I-Vertrag ersetzen soll. In diesem Jahr findet darüber hinaus die nächste Überprüfungs-konferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV oder Atomwaffensperrvertrag) statt. Es kommt jetzt darauf an, diese Konferenz mit Beschlüssen zu beenden, die den Atomwaffensperrvertrag stärken und die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen voranbringen.

### **Bundestag begrüßt Unterstützung des Abrüstungsabkommens durch Bundesregierung**

Der Bundestag begrüßt auf Antrag der Fraktionen die Absicht der Bundesregierung, neue Abrüstungsabkommen zu unterstützen und eine neue Dynamik in der Rüstungskontrolle und der Abrüstungsdebatte zu erreichen. Darüber hinaus wird begrüßt, dass sich die Bundesregierung bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis und gegenüber den USA dafür einsetzen will, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden. In einem umfangreichen Forderungskatalog wird die Bundesregierung aufgefordert, die anstehenden Verhandlungen zu unterstützen und zu einem Erfolg der Überprüfungs-konferenz beizutragen. Auch eine Stärkung der Rüstungskontrolle sowie der Internationalen Atomenergieagentur IAEA zur Überwachung des NVV wird von den Fraktionen gefordert. Bei Verletzungen von NVV-Verpflichtungen sind effektive Sanktionen nötig. Die Fraktionen treten auch für ein neues Abkommen zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial sowie für die Einrichtung eines Kernwaffenregisters und die Offenlegung der Plutoniumbestände ein. Staaten,

die dem NVV bisher nicht beigetreten sind, sollen für einen Beitritt geworben werden. In Konfliktregionen im Nahen und Mittleren Osten und in Südasien soll die Bundesregierung sich nachdrücklich für Gespräche über nukleare Abrüstung einsetzen. Politische Lösungen sind auch in den Konflikten mit Nordkorea und dem Iran zu suchen. Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages!

## EUROPA

### Für eine europäische Finanztransaktionssteuer

Anlässlich der Erklärung der Bundeskanzlerin am 25. März 2010 zum Europäischen Rat am 25./26. März in Brüssel und der Debatte über die neue Europäische Strategie „EU 2020“ hat die Bundeskanzlerin erklärt, was sie nicht will. Sie will keine europäischen Ziele zur Bekämpfung der Armut. Sie will keine konkreten Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Sie tut nichts, um Vertrauen auf den Finanzmärkten herzustellen.

#### **Bundeskanzlerin verschleiert Absichten**

Die Bundeskanzlerin hat nicht gesagt, was sie will. Im Gegensatz dazu erklärt die SPD-Bundestagsfraktion unmissverständlich: Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer, um das Finanzroulette zu stoppen, klimafreundliche Technologien zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.

#### **Finanztransaktionssteuer brächte Milliarden**

Bereits eine minimale Steuer von 0,05 Prozent auf jede Finanztransaktion in der EU würde jährliche Einnahmen in Höhe von rund 200 Milliarden Euro bringen. Der Anteil Deutschlands an diesem Aufkommen in Höhe von fast 40 Milliarden Euro könnte für ein zweites Konjunkturprogramm genutzt werden, da das erste Programm in diesem Jahr ausläuft. Mit der Finanztransaktionssteuer könnten somit rund 380 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Schließlich würde die Finanztransaktionssteuer dazu beitragen, die gefährlichen und schädlichen Spekulationen an den Finanzmärkten zu verringern, ohne die Funktion der Finanzmärkte zu beeinträchtigen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich eindeutig für die Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

#### **Kanzlerin fällt Griechenland mit Stammtischparolen in den Rücken**

Griechenland hätte, so Schwall-Düren, seine schwierige Lage überwiegend selbst verursacht. „Während der frühere griechische Ministerpräsident Karamanlis mit Goldman Sachs gezockt hat, erweist sich der heutige Ministerpräsident Papandreou aber als wahrer Patriot,“ so Schwall-Düren. Er und die aktuelle griechische Regierung haben - und das sollte die Kanzlerin zur Kenntnis nehmen - mit der Politik der Vorgängerregierung gebrochen. Die jetzige Regierung bettelt nicht um Hilfe. Papandreou hat seiner Bevölkerung ein strenges Spar- und Reformpaket verordnet, das seinesgleichen sucht. Er nimmt ein hohes persönliches, aber auch ökonomisches und soziales Risiko für sein Land auf sich. Angelica Schwall-Düren wies darauf hin, dass der griechische Ministerpräsident will, dass Griechenland die Krise aus eigener Kraft bewältigt. Dabei falle ihm die Kanzlerin in den Rücken.

#### **Koalition ist unberechenbar und unglaubwürdig**

Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin und die Positionierung der Koalitionsfraktionen zu dieser so wichtigen europapolitischen Frage könne man laut dem europapolitischem Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer mit zwei Worten überschreiben: „unberechenbar und unglaubwürdig“. „Unberechenbar“ sei in diesem Zusammenhang keine Erfindung der SPD, sondern „das können Sie jeden Tag in Ihnen nahestehenden Zeitungen lesen, von FAZ bis Financial Times, weil sich täglich die Position der Bundesregierung, der



Kanzlerin zu zentralen europäischen Fragen, wie jetzt zur Hilfe für Griechenland, ändert,“ so Schäfer. Die überflüssige Diskussion über einen Rausschmiss Griechenlands aus der Eurozone sei alles andere als eine verlässliche Europapolitik.

#### **Kanzlerin zaudert und zögert**

Die SPD-Abgeordnete Eva Högl machte darauf aufmerksam, dass die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung die Parlamente nicht ein einziges Mal erwähnt hat, „weder den Deutschen Bundestag noch das Europäische Parlament,“ so Högl. „Ich kann nur hoffen, dass sie sich mit ihrer Zögerlichkeit und Ideenlosigkeit im Europäischen Rat nicht durchsetzt und dass die anderen Kolleginnen und Kollegen ambitionierter sind und eine gute Strategie 2020 im Sinne der Zukunft Europas, im Sinne der Menschen in Deutschland und Europa und auch im Sinne einer guten Positionierung Deutschlands formulieren“ so fasste Högl zusammen.

Im Rahmen der Regierungserklärung hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag (Drs. 17/1191) eingebracht. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt darin den Beitrittsantrag Islands und fordert die Bundesregierung auf, der Eröffnung der Verhandlungen zuzustimmen. Mit der Annahme des Antrags würde das Einvernehmen mit der Bundesregierung hergestellt.

### **INNERES**

## **Kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer**

Wir wollen die Integration von in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger umfassend fördern. Hierzu gehört aus unserer Sicht ein dem demokratischen Prinzip entsprechendes Kommunalwahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU besitzen. Zurzeit steht das Kommunalwahlrecht Ausländerinnen und Ausländern aus EG- beziehungsweise EU-Mitgliedstaaten zu, soweit das Recht der Europäischen Gemeinschaft dies vorsieht. CDU und CSU lehnen es ausdrücklich ab, das Kommunalwahlrecht auf Staatsangehörige von Drittstaaten zu erstrecken.

Durch unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 Absatz 1, Kommunales Ausländerwahlrecht, (Drs. 17/1047), der am 25. März 2010 in 1. Lesung im Bundestag beraten wurde, wollen wir den Ländern die entsprechenden Möglichkeiten einräumen. Wir wollen damit auch die Ungleichbehandlung zwischen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern sowie den übrigen Ausländerinnen und Ausländern beseitigen. Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten sollen nach Maßgabe von Landesrecht bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sein sowie an Abstimmungen teilnehmen können.

### **MENSCHENRECHTE**

## **Menschenrechtsverteidiger brauchen Schutz der Europäischen Union**

Mit ihrem Antrag „Menschenrechtsverteidiger brauchen den Schutz der Europäischen Union“ (Drs.17/1048), der am 25. März 2010 erstmals im Bundestag beraten wurde, unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion die Initiative der spanischen EU-Ratspräsidentschaft, den Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu verbessern.

Menschenrechtsaktivisten und ihre Familien gehen in vielen Staaten ein besonders hohes Risiko ein. Sie werden häufig Opfer staatlicher Gewalt oder paramilitärischer Gruppen. Durch ihren Mut wurde die Lage der Menschenrechte auf der ganzen Welt wesentlich verbessert. Deshalb ist die Initiative der spanischen EU-Ratspräsidentschaft zu begrüßen, den Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu stärken. Eine Schlüsselrolle fällt dabei den EU-Missionen vor Ort zu. Orientierung für die geplanten Maßnahmen ist die EU-Leitlinie zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Den Schwerpunkt seiner Initiative legt Spanien auf die Entwicklung lokaler Strategien zur Umsetzung der Leitlinien und auf die Einrichtung von Kontaktstellen für Menschenrechtsverteidiger in Brüssel und den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten. Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag auf, die spanische Ratspräsidentschaft in ihrem Vorhaben zu unterstützen und an der Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern konstruktiv mitzuarbeiten. Die Bundesregierung soll darüber hinaus im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit die Arbeit von Menschenrechtsaktivisten fördern.

## STADTENTWICKLUNG

### **Altschuldenentlastung für Wohnungsunternehmen in den neuen Ländern**

Die Altschuldenhilfe ist ein wesentliches Element im Rahmen des Stadtumbaus, die es erst ermöglicht, den durch die demographische Entwicklung notwendigen Rückbau von Wohnungen in den neuen Ländern durchzuführen und Stadtquartiere aufzuwerten. Diese Anstrengungen müssen über das bisher Geleistete fortgeführt werden. Dazu hat der Bundestag unseren Antrag (Drs. 17/1154) am 25. März 2010 in 1. Lesung beraten.

#### **Investitionen haben Wohnumfeld verbessert**

Die Altschuldenhilfe-Regelung war eine Voraussetzung dafür, dass die Wohnungsunternehmen in einem Milliardenumfang in Modernisierungs- und Verbesserungsmaßnahmen für das Wohnumfeld investieren konnten. Damit wurde gleichzeitig das soziale Umfeld in den Plattenbausiedlungen stabilisiert und die Attraktivität der Innenstädte erhöht. Im Interesse der Wiederherstellung intakter Wohnquartiere sollten alle Wohnungsunternehmen, die sich auf der Grundlage der Stadtentwicklungskonzepte an den vorgesehenen Rückbaumaßnahmen beteiligen, von den Altschulden befreit werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

- mit den Ländern abzustimmen, in welchem Rahmen finanzielle Mittel für Abriss und Umbau von Wohnungen und die Aufwertung von Wohnquartieren zur Verfügung gestellt werden müssen.
- dem Deutschen Bundestag eine abschließende Regelung zu den Altschulden von Wohnungsunternehmen in den neuen Ländern vorzulegen, die es den Unternehmen ermöglicht Stadtumbaumaßnahmen durchzuführen.
- mit den Ländern in Verhandlungen über eine Modifizierung der Verwaltungsvereinbarung zum Stadtumbau Ost einzutreten.
- weitere Möglichkeiten der Finanzierung der Städtebauförderung aus Förderprogrammen des Bundes zu prüfen und dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Bericht vorzulegen.
- Die Bemühungen der mit Altschulden belasteten Wohnungsunternehmen durch Fördermaßnahmen zu unterstützen, die ihre Wohnungen energetisch sanieren oder altersgerecht umbauen wollen.

## UMWELT

## Schwarz-Gelb verzockt deutschen Solarmarkt

Am 25. März 2010 wurde der Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) (Drs. 17/1147) in 1. Lesung im Bundestag beraten.

### Hersteller müssen um Marktposition fürchten

Unter dem Vorwand, die Verbraucher entlasten zu wollen, will die schwarz-gelbe Regierungskoalition die Vergütungen für Strom aus Solaranlagen drastisch senken. Damit setzt sie die Zukunft der deutschen Solarbranche aufs Spiel. Die Regierung ist dafür verantwortlich, Herstellern, Investoren und Handwerkern verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten. Hier hat Schwarz-Gelb völlig versagt. Die Regierung hat durch ihren Zickzack-Kurs, den sie in der Diskussion fährt, den Markt stark verunsichert. Investitionen drohen zu scheitern, deutsche Hersteller müssen um ihre Marktposition fürchten und zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Das Vertrauen in das EEG droht ernsthaften Schaden zu nehmen.

### Branche braucht langfristige Markt- und Kostenentwicklung

Die Regierung stützt sich bei ihren Plänen, die Kürzungen um bis zu 16 Prozent und einen Ausschluss von Ackerflächen aus der Förderung vorzusehen, auf wackelige Ausbauprognosen. Um aber der Branche den Boden nicht unter den Füßen wegzuziehen, sondern den Ausbau der Photovoltaik optimal voranzutreiben, muss eine langfristige Markt- und Kostenentwicklung in Betracht gezogen werden. Die massiven Preissenkungen für Anlagen im vergangenen Jahr geben zwar Spielraum für eine zusätzliche Vergütungsabsenkung, sie zeigen aber ein verzerrtes Bild von der tatsächlichen Lage. Die Finanzkrise, der Zusammenbruch des spanischen Solarmarktes und dadurch entstandene Überkapazitäten sowie der Preisdruck aus China verbilligten zwar die Anlagen, die Kosten konnten aber nicht im gleichen Tempo gesenkt werden. Deshalb ist davon auszugehen, dass der massive Abwärtstrend in der Preisspirale nicht lange anhält.

### SPD fordert maßvolle Kürzung der Solarförderung

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine maßvolle Kürzung der Solarförderung, die eine dynamische Entwicklung der Branche und den Erhalt der Arbeitsplätze garantiert. Für bereits in Planung befindliche Projekte benötigen wir einen umfassenden Bestandsschutz, um deren Realisierung nicht zu gefährden. Die Kappung der Förderung von Ackerflächen ist ein Irrweg. Freiflächenanlagen sind die „Billigmacher“ der Solarenergie und ihr Markt würde durch einen Ausschluss von Ackerflächen aus der Förderung erheblichen Schaden nehmen. Die Planungshoheit der Kommunen darf in diesem Punkt nicht angetastet werden. Wird die jährliche Vergütungsabsenkung zukünftig variabler gestaltet und bei großem Ausbau deutlich erhöht, ist es sinnvoll, den Degressionsschritt jeweils zum 1. Juli vorzunehmen. Als Berechnungsgrundlage sollte weiterhin das jeweilige Kalenderjahr dienen. So kann sich die Branche rechtzeitig auf die Einschnitte einstellen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird nach der Anhörung im Umweltausschuss am 21. April einen Antrag zur Zukunft der Solarförderung einbringen.

Vom Energiekonzept, das Schwarz-Gelb in den nächsten Monaten vorlegen wird, ist nichts Gutes zu erwarten. Dies zeigen u.a. die Antworten von Umweltstaatssekretärin Reiche in der Fragestunde am 24. März 2010. Der unter der rot-grünen Regierung ausgehandelte Atomkonsens und die damit verbundene Änderung des Atomgesetzes hat für Union und FDP keinerlei rechtliche Bindung. Schon war von Laufzeiten von bis zu 60 Jahren die Rede.

## Untersuchungsausschuss zu „Gorleben“

Der Deutsche Bundestag hat am 26. März 2010 den Antrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses „Gorleben“ beschlossen (Drs. 17/888 neu, 17/1250).

Kern des Untersuchungsauftrages ist vor allem die Klärung, inwieweit die Auswahl und Entscheidung zur alleinigen Erkundung Gorlebens auf politischer Vorfestlegung und politischer Einflussnahme beruhte und nicht auf Grundlage wissenschaftlicher Expertise erfolgte. Der Untersuchungsausschuss soll in die Lage versetzt werden, aus seinen Erkenntnissen Empfehlungen für die künftige Endlagersuche zu erarbeiten. Voraussichtlich wird sich der Ausschuss in der Sitzungswoche im April konstituieren.

Gleichzeitig hat der Deutsche Bundestag abschließend über den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion bezüglich der Wiederaufnahme der Erkundung von Gorleben als Endlager (Drs. 17/1161) abgelehnt.

Mit dem Antrag der Fraktion „Keine Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Erkundung des Salzstocks in Gorleben bis zum Abschluss der Arbeit des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ wird die Bundesregierung aufgefordert, die Ergebnisse des jetzt eingesetzten Untersuchungsausschusses abzuwarten. Denn die schwarz-gelbe Bundesregierung will jetzt den Rahmenbetriebsplan zur Erkundung des potenziellen Endlagers Gorleben verlängern, um die Erkundung wieder aufzunehmen. Das widerspricht in der Sache der bevorstehenden Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der das Zustandekommen der Entscheidung zur Erkundung von Gorleben im Jahr 1983 erst überprüft.

### VERKEHR

## Mobilität nachhaltig gestalten

Ein gut ausgebautes Verkehrssystem ist wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Investitionen in unsere Infrastruktur sind deshalb Investitionen in unsere Zukunft. Das Konzept einer integrierten Verkehrspolitik basiert auf der vernünftigen Kombination der unterschiedlichen Verkehrsträger zu einem ökonomisch effizienten, sozial angemessenen und ökologisch verträglichen Mobilitätsangebot. Die Koalition allerdings legt ihren Schwerpunkt in der Verkehrspolitik auf den Verkehrsträger Straße. Das ist ein schwerwiegender Fehler.

Bislang werden dem Radverkehr, Fußverkehr und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weit weniger Prioritäten eingeräumt als zum Beispiel dem Straßenverkehr. In der Abwägung mit den Flächenansprüchen des motorisierten Individualverkehrs haben die Belange der umweltfreundlichen Verkehrsträger oftmals das Nachsehen.

In unserem am 25. März 2010 in 1. Lesung im Bundestag beratenden Antrag „Mobilität nachhaltig gestalten – Erfolgreichen Ansatz der integrierten Verkehrspolitik fortentwickeln“ (Drs. 17/1060) fordern wir deshalb die Bundesregierung auf, den bereits unter der rot-grünen Bundesregierung angestoßenen Prozess zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts für eine integrierte Verkehrspolitik konsequent fortzuführen und stetig weiterzuentwickeln. Dabei soll die Bundesregierung der zentralen Rolle des Ausbaus und der Optimierung des umweltfreundlichen Verkehrsträgers Schiene innerhalb eines integrierten Ansatzes gerecht werden. Dazu bedarf es eines umfassenden, transparenten und langfristig stabilen Finanzierungskonzepts für den verstärkten Ausbau der Schiene.

## WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

### Zukunft für Haiti – Niebel greift SPD-Vorschlag auf

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass Minister Niebel offensichtlich erkannt hat, dass der Wiederaufbau in Haiti große finanzielle Anstrengungen erfordert. Dazu fand am 25. März 2010 im Bundestag eine Haiti-Debatte zu Anträgen aller Fraktionen statt. In diesem Rahmen wurde auch der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Zukunft für Haiti – Nachhaltigen Wiederaufbau unterstützen“ (Dors. 17/885, 17/1214) abschließend beraten.

#### Haiti braucht nachhaltige Unterstützung

Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen hat nach der ersten Phase der Nothilfe der nachhaltige Wiederaufbau der Infrastruktur, aber auch der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen in Haiti hohe Priorität. Deshalb haben wir Anfang März unseren Antrag ins Parlament eingebracht.

Die Erdbebenkatastrophe vom 12. Januar 2010 hat mit Haiti eines der ärmsten Länder der Welt getroffen. Die Zustände in Haiti waren bereits vor dem Beben äußerst instabil. Die dortigen staatlichen Behörden waren nicht in der Lage, Sicherheit und öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren. Deshalb leidet die Bevölkerung nun zusätzlich unter den dramatischen Auswirkungen der Katastrophe. Die Weltgemeinschaft steht in der Verantwortung und für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Haiti braucht ein von der internationalen Staatengemeinschaft gestütztes, langfristiges Gesamtkonzept, das die unterschiedlichen Wiederaufbaumaßnahmen koordiniert und bündelt. Die Bundesregierung ist gefordert, in enger Abstimmung mit den internationalen Partnern so bald wie möglich ein solches Konzept auf den Weg den zu bringen. Wer jetzt noch zögert, beraubt die Menschen in Haiti jeder Perspektive für die Zukunft.

Mittlerweile bat Minister Niebel in einem Schreiben, das er unter anderen an Bundesfinanzminister Schäuble und Kanzleramtsminister Pfalz gerichtet hat, um die Einrichtung eines eigenen „Haiti-Wiederaufbautitels“ im Haushalt. Damit hat Niebel einen Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion aufgegriffen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Denn nur solch ein Sonderfonds gewährleistet die notwendige haushälterische Flexibilität, um den Übergang von der Nothilfe zu einer langfristigen Wiederaufbauhilfe zu schaffen. Eine solche Vorgehensweise hatte sich bereits nach dem verheerenden Tsunami von 2004 bewährt.

#### Sinneswandel bei Niebel

In den bisherigen Haushaltsberatungen zum Einzelplan 23 hatte die Koalition einen entsprechenden Antrag seitens der SPD-Fraktion noch strikt abgelehnt. Nun scheint es zumindest beim FDP-geführten Ministerium einen Sinneswandel in dieser Frage gegeben zu haben. Auch wenn wir als SPD die Notwendigkeit einer deutlich höheren finanziellen Ausstattung des Fonds als die von Minister Niebel vorgeschlagene Erhöhung der Barmittel um 24 Millionen Euro und der Verpflichtungsermächtigungen von 91 Millionen Euro sehen, unterstützen wir den Minister in dem Wunsch nach einem eigenen Wiederaufbautitel. Bisher hat die Bundesregierung sehr zögerlich auf die Katastrophe in Haiti reagiert. Die Einrichtung eines gesonderten Hilfsfonds im Bundeshaushalt noch vor der Wiederaufbaukonferenz Ende März in New York wäre jetzt ein wichtiges Signal - sowohl an die haitianische Bevölkerung als auch an die internationale Gebergemeinschaft. Dies hat die Kanzlerin bereits abgelehnt.